

Kathrin Vogler

- (A) Ich möchte einmal beispielhaft den Ebolakrisenfonds nennen. Es kann nicht sein, dass wir im Vagen gelassen werden, wenn es darum geht, was da nächstes Jahr auf uns zukommt.

Weiterhin wollen wir den Kampf gegen den Drogen- und Suchtmittelmissbrauch mit Forschungsvorhaben unterlegen. Wir haben einen konkreten Vorschlag dahin gehend gemacht. Auch darauf haben wir keine positive Resonanz Ihrerseits erhalten.

(Helmut Heiderich [CDU/CSU]: Machen Sie doch eigene Vorschläge!)

Wir wollen die nichtkommerzielle Pharmaforschung ausbauen. Das ist dringend nötig. Wir sehen zum Beispiel an der Ebolasituation, dass es da große Defizite gibt. Wir laden Sie dazu ein. Unterstützen Sie das, und machen Sie das mit!

Mit dem umfangsreichsten unserer Änderungsanträge, was die Höhe der Mittel angeht, wollen wir auch dieses Jahr wieder den Finger in eine große Wunde unseres Gesundheitswesens legen: Wir wollen den Investitionsstau bei den Krankenhäusern abbauen. Jährlich fehlen den Kliniken 2 bis 3 Milliarden Euro für notwendige Bauten und technische Erneuerungen. Insgesamt sind das etwa 50 Milliarden Euro. Ja, wir wissen auch, dass eigentlich die Länder dafür verantwortlich sind. Doch diese wälzen angesichts von Schuldenbremsen diese Last auf die Kranken ab. Das können wir nicht hinnehmen. Darum fordert die Linke, dass sich der Bund zur Hälfte an den notwendigen Investitionen im Krankenhausbereich beteiligt

- (B) (Tino Sorge [CDU/CSU]: Dann machen Sie doch einen Gegenfinanzierungsvorschlag!)

und damit den Krankenhäusern Unterstützung in Höhe von circa 2,5 Milliarden Euro im Jahr leistet.

(Beifall bei der LINKEN – Reiner Meier [CDU/CSU]: Wie sieht die Gegenfinanzierung aus?)

– Unsere Gegenfinanzierung haben wir doch längst dargelegt. Die legen wir Ihnen jedes Mal wieder dar, aber Sie ignorieren das einfach.

(Tino Sorge [CDU/CSU]: Realistisch und seriös!)

Alle Koalitionen der letzten Jahre haben sich geweigert, diese überaus notwendige Debatte zu führen und den Krankenhäusern an dieser Stelle zur Seite zu stehen. Die Folge ist, dass so manches Krankenhaus inzwischen als ökonomisch untragbar gilt und geschlossen werden soll. Das droht zum Beispiel auch dem Marienhospital in meiner Heimatstadt Emsdetten, einem Krankenhaus, das im AOK-Krankenhausnavigator von den Patientinnen und Patienten regelmäßig hervorragende Noten erhält. Die Qualität, über die wir oft sprechen, scheint hier nicht der Grund zu sein. Tausende Bürgerinnen und Bürger haben bereits Petitionen unterschrieben und sind auf die Straße gegangen, um ihr Krankenhaus zu erhalten. Ich finde es unerträglich, dass Krankenhäuser allein aus ökonomischen Erwägungen geschlossen werden, ohne

- dass die Kommune, der Kreis oder die betroffenen Bürgerinnen und Bürger mitreden können. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Wir müssen dringend die politische Verantwortung übernehmen. Dazu rufe ich Sie auf. Markt und Wettbewerb sind keine geeigneten Mechanismen, um die Krankenhausversorgung in diesem Land zu steuern. Deswegen bitte ich Sie: Stimmen Sie dem Änderungsantrag der Linken zu. Lassen Sie die kleinen Krankenhäuser leben.

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Das Wort hat jetzt Burkhard Blienert, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Burkhard Blienert (SPD):

Sehr geehrte Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem in dieser Woche zu beschließenden Haushalt 2015 zeigt die Große Koalition, dass sie verantwortungsbewusste und solide Haushaltspolitik mit effektiver, verlässlicher und erfolgreicher Gesundheitspolitik in Einklang bringt.

(Beifall bei der SPD – Harald Weinberg [DIE LINKE]: Hört sich an wie Pfeifen im Wald!)

- Wir setzen das um, was wir vorher gesagt haben. Wie angekündigt erhöhen wir die Mittel für den Gesundheitsfonds wieder auf 11,5 Milliarden Euro und somit die Gesamtausgaben für das Gesundheitssystem insgesamt um knapp 10 Prozent auf über 12 Milliarden Euro. (D)

Für uns gilt: Das eingesetzte Geld muss den Menschen zugutekommen und darf nicht im System versickern.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU – Tino Sorge [CDU/CSU]: Genau das ist der Punkt!)

Daher ist es nicht per se richtig, immer mehr Geld in das System zu pumpen, sondern es ist vielmehr auf die Effizienz der eingesetzten Gelder zu achten. Nach wie vor sind die finanziellen Spielräume begrenzt. Unter diesen Voraussetzungen stellen wir die gesundheitliche Versorgung sicher, geben die richtigen Signale für die Zukunft und reagieren auf neue Herausforderungen.

Ich möchte zwei Beispiele geben, die zeigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind – sie wurden bereits erwähnt –: Ebola in Westafrika und die gesundheitliche Situation der Flüchtlinge aus den Krisengebieten. Wir müssen Antworten geben und handlungsfähig sein; und das sind wir, ohne an anderer Stelle zu kürzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Mit diesem Haushalt zeigen SPD und Union genau diese Handlungsfähigkeit.

Aktuell erarbeiten wir mit vielen verschiedenen Akteuren eine Krankenhausreform: das Präventionsgesetz

Burkhard Blienert

- (A) und das Versorgungsstärkungsgesetz. Punkt für Punkt gehen wir die unterschiedlichen Bereiche an und sorgen für Lösungen, die den Menschen helfen. Es hilft nicht, Anträge vorzulegen, die nicht gegenfinanziert sind und die nicht mit einem Konzept hinterlegt sind, während gleichzeitig zusammen mit den Ländern an Konzepten gearbeitet wird. Anstatt mit Blick auf die Krankenhausfinanzierung Panik zu machen, muss man sich über Konzepte und Inhalte verständigen; denn das ist der richtige Weg. Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir setzen im Koalitionsvertrag Beschlossenes wie die Pflegereform um und verbessern damit die Situation vieler Pflegebedürftiger. Es ist uns gelungen, die Haushaltsmittel für die Pflegekampagne zu verstetigen und gleichzeitig die Gelder für Pflegebedürftige auf knapp 3 Millionen Euro zu steigern. Das sind gute Beschlüsse. Sie gehören nicht in die Schublade eines parteipolitischen Klein-Klein.

Nicht zuletzt im mir sehr wichtigen Bereich der Drogen- und Suchtbekämpfung haben wir es geschafft, die zur Verfügung gestellten Finanzmittel weiter zu erhöhen. Für das, was wir machen, nun einige Beispiele:

Endlich ist es gelungen, Geld zur Bekämpfung der Glücksspielsucht im Haushalt einzustellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Eine halbe Million Euro ist realisiert worden.

- (B) Der Aufwuchs im Bereich der Modell- und Forschungsvorhaben hilft, eine Vielzahl von Unterstützungsangeboten fortzuführen und somit Hilfesuchenden eine Anlaufstelle zu geben.

Mit der Ausweitung des Schulbusprojekts kann der Crystal-Ausdehnung ein erfolgversprechendes Projekt für Jugendliche entgegengestellt werden.

Auch die Mittel für das Klasse-2000-Projekt werden helfen, Kindern Wege in ein selbstbestimmtes und gesundes Leben zu zeigen. Es ist ein großer Schritt, wenn wir die Finanzierung dieses Projekts an zusätzlich bis zu 2 000 Schulen ermöglichen.

An dieser Stelle muss festgestellt werden, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten an vielen Stellen und in vielen Programmen die gesundheitliche Prävention bei Kindern in den Haushaltsberatungen gut durchsetzen konnten.

(Hubert Hüppe [CDU/CSU]: Na, na, na! Da waren wir aber vorneweg! – Tino Sorge [CDU/CSU]: Nicht nur die Sozialdemokraten! Die Koalition!)

Die Mittel für die Kindergesundheit steigen von 500 000 Euro auf insgesamt 2 Millionen Euro; das ist ein gutes Zeichen. Ein Teil davon sind Gelder für die wichtige Adipositasforschung. Übergewicht ist in unserer Gesellschaft leider ein weit verbreitetes Problem. Umso wichtiger ist es, die Forschung auf diesem Gebiet zu unterstützen.

- (C) Liebe Kolleginnen und Kollegen, Prävention setzt immer am Beginn an, Prävention umfasst alle Bereiche und sozialen Lebenslagen, Prävention vermeidet Folgekosten. Das ist in den kommenden Jahren unsere Hauptaufgabe. Mit den Beschlüssen zum Haushalt des Einzelplanes 15 dürfen wir daher ganz zufrieden sein. Die Haushälter haben, glaube ich, gut verhandelt und so dafür gesorgt, dass das, was eingebracht wurde, besser geworden ist und wir somit heute einen guten Einzelplan 15 verabschieden können. Danke insbesondere an die zuständigen Berichtersteller für ihre Arbeit!

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eingangs habe ich bereits darauf hingewiesen: Es gibt Situationen, die unerwartet Handeln unsererseits erforderlich machen. Ebola ist ein Beispiel; über 3 Millionen Euro stellen wir hier für klinische Studien zur Verfügung. Die große Herausforderung der gesundheitlichen Versorgung von Flüchtlingen ist ein weiteres Beispiel. Dort greifen wir den Kommunen unter die Arme. Sie sind an der Grenze ihrer finanziellen Belastbarkeit. Ich bin froh darüber, dass wir dafür auch im Haushalt des BMG 500 000 Euro zur Verfügung stellen.

(Maria Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 500 000! Tausend, nicht Millionen!)

Wir können somit eindeutig feststellen: Die Schwerpunktsetzungen dieser Koalition stimmen. Wir reden nicht nur, wir zerreden nicht, wir handeln.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU – Maria Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh ja! Und das in kleinsten Schritten!)

Vor gut einem Jahr wurde Schwarz-Gelb abgewählt.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Na ja, aber Schwarz ist ja wohl immer noch dran, oder? – Gegenruf des Abg. Tino Sorge [CDU/CSU]: Ja, und das bleibt auch so! Schwarz wirkt!)

Dies ist nun der erste ureigene Haushalt, den diese Große Koalition in dieser Legislatur vorlegt und abschließend berät. Wir haben einiges erreicht: Schritt für Schritt, durchdacht und fachlich untermauert, abgewogen und sozial, verlässlich und solide.

(Maria Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie bitte? Sozial? Verlässlich?)

Das macht erfolgreiches politisches Handeln aus. Insofern: Marktschreierische Forderungen und illusorische Gedankenspiele sind nicht unsere Sache. Wir sind – Punkt für Punkt – an der Sache orientiert.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Das ist ja ein toller Beitrag!)

Wir fordern nichts Unerreichbares. Es muss das Machbare angegangen werden. Auf diesem Weg befinden wir uns.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

(D)

Burkhard Blienert

- (A) Wir haben unsere Arbeit für diesen Haushalt getan: gründlich, solide, erfolgreich.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und leidenschaftlich!)

Die Bürgerinnen und Bürger können sich sicher sein, dass unser Haushaltsentwurf die richtige Medizin für die Herausforderungen in der kommenden Zeit sein wird.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Das Wort hat Kordula Schulz-Asche, Bündnis 90/Die Grünen.

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister Gröhe, ich möchte Ihnen für die Rede, die Sie hier gerade gehalten haben, ausdrücklich danken. Denn einen besseren Beweis für das Motto dieser Großen Koalition, was den Gesundheitshaushalt angeht, konnte es gar nicht geben. Ihr Motto lautet „Verwalten statt gestalten“.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU – Michaela Noll [CDU/CSU]: Dann haben Sie nicht zugehört! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU: So ein Quatsch! – Das ist ja frech!)

- (B) Wie soll die Gesundheitsversorgung in Zeiten des demografischen Wandels in Zukunft aussehen? Wie kann diese solidarisch finanziert werden? Den Ehrgeiz zu großen, längst überfälligen Reformen bleiben Sie leider schuldig. Diese Koalition verschleppt nahezu alles, was den Patienten und ihren Angehörigen, den Versicherten und den Bürgerinnen und Bürgern zugutekommen würde. Ich möchte nur ein paar Beispiele nennen:

Die Koalition packt das Pflegestärkungsgesetz, die Probleme des wachsenden Bedarfs an guter Pflege – ich betone: an guter Pflege –, nicht an der Wurzel. So ist die Einführung des neuen Pflegebegriffs wieder einmal verschoben worden. Das Problem einer langfristigen und gerechten Finanzierung bleibt ungelöst.

(Hubert Hüppe [CDU/CSU]: Was ist denn damals bei Rot-Grün passiert?)

Stattdessen verschwendet Schwarz-Rot das Geld der Versicherten an einen völlig unsinnigen Pflegevorsorgefonds,

(Tino Sorge [CDU/CSU]: Dass Vorsorge für Sie unsinnig ist, haben wir ja schon mitbekommen!)

und der schwarz-gelbe Pflege-Bahr, der erwiesenermaßen schon ein totaler Reinfall ist, wird nicht etwa abgeschafft, sondern fortgeführt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, mit dem sogenannten Versorgungsstärkungsgesetz – das ist im Moment offen-

sichtlich Ihr Lieblingswort – verliert sich Minister Gröhe hingegen im Klein-Klein. Altbekannte Akteure im Gesundheitswesen werden mit Geschenken und Detailverbesserungen bei Laune gehalten, notwendige Strukturformen aber werden auf die lange Bank geschoben. Konkrete Regelungen zur Reform der Krankenversorgung, also zur Bedarfsplanung, zur besseren Kooperation der Gesundheitsberufe, zur Stärkung der Verantwortung in den Bundesländern und Kommunen zur Sicherstellung der Versorgung in Stadt und Land, fehlen völlig.

Bei dem geplanten Präventionsgesetz bedient sich die Große Koalition bei den Vorschlägen aus den dunklen Zeiten der Gesundheitspolitik von Schwarz-Gelb. Hier hilft ein bisschen SPD-Prosa überhaupt nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN – Hilde Mattheis [SPD]: Hallo!)

Im Gegenteil: Schwarz-Rot verpasst die Möglichkeit, Prävention und Gesundheitsförderung als Gemeinschaftsaufgabe zu verstehen, zu finanzieren, zu organisieren und umzusetzen.

Wir brauchen eine echte Investition in die Erhaltung und die Förderung der Gesundheit, und zwar mit den Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam. Das gelingt aber nur, wenn insbesondere Kinder und Jugendliche sowie die wachsende Zahl älterer Menschen nicht nur kompetent im gesunden Verhalten werden, sondern im Alltag tatsächlich auch die Möglichkeit haben, diese Lebensweise umzusetzen. Das scheitert nicht an fehlenden Kenntnissen, sondern es fehlt an den notwendigen Möglichkeiten Einzelner – übrigens auch den finanziellen Möglichkeiten – und an den Gelegenheiten im Alltag: im Kindergarten, in der Schule, im Betrieb, im Stadtteil.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Helmut Heiderich [CDU/CSU]: Deshalb machen wir neue Gesetze! Sie müssen einmal lesen, was wir machen!)

Deshalb setzen wir Grüne auf eine Gesundheitsförderung, die auch die Verbesserung dieser Alltagswelten zum Gegenstand hat und alle – vor allem die Menschen vor Ort – an der Gestaltung dieser Alltagswelten beteiligt. Wenn wir es schaffen, beispielsweise Kindertagesstätten unter Mitwirkung der Kinder, der Eltern, der Erzieherinnen und Erzieher und der Träger zu gesunden Spiel-, Lern- und Arbeitsorten weiterzuentwickeln, dann steigt die Zufriedenheit, und das wäre eine echte Investition in die Zukunft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie bleiben aber nicht nur bei der Ausrichtung hinter Ihrem eigenen Koalitionsvertrag zurück, sondern auch bei der Finanzierung. Wo bleibt die angekündigte breite Finanzierungsbasis, die Einbeziehung der Arbeitslosenversicherung und der privaten Kranken- und Pflegeversicherung? Prävention kann nicht die alleinige Aufgabe der gesetzlichen Krankenversicherung sein. Auch hier versagen Sie leider völlig.